

MOBILITÄT



Bus und Bahn oder doch lieber das Leihfahrrad? Das Projekt RegioMOVE vernetzt klassische und neue Mobilitätsangebote.

Der Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) und der Regionalverband

Mittlerer Oberrhein (RVMO) gestalten die Mobilität der Zukunft. Bei dem gemeinsamen EU-Projekt „RegioMOVE“ soll der KVV grundlegend umgestaltet werden und sich von einem klassischen Verkehrsverbund zu einem Mobilitätsverbund weiterentwickeln. Das ÖPNV-Angebot im KVV besteht derzeit aus einer Vielzahl an Bus- und Bahnverbindungen und wird jährlich von Millionen Fahrgästen genutzt. Insbesondere Carsharing- und Leihfahrradanbieter sollen nun in das bestehende System integriert werden. Vernetzung spielt hierbei die zentrale Rolle.

Gemeinsam mit weiteren Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung möchte der KVV eine App als zentrale Plattform entwickeln, mit der man Fahrten per Smartphone planen, buchen und bezahlen kann. Zudem sollen an zunächst acht Standorten im Verbundgebiet so genannte Mobilitätsstationen entstehen. An diesen Ports können Reisende dann wählen, mit welchem Verkehrsmittel sie ihren Weg fortsetzen. Das Vorhaben knüpft an etablierte Park&Ride-Konzepte an und überführt diese in das Zeitalter der digitalen und vernetzten Mobilität. Das Projekt will explizit an der urbanen Peripherie und im ländlichen Raum – gerade auch hinsichtlich des demografischen Wandels – neue Perspektiven eröffnen und neue Kundinnen und Kunden für den umweltfreundlichen, öffentlichen Nahverkehr gewinnen.

EU-Programm: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Projektleitung: Karlsruher Verkehrsverbund GmbH (KVV)

Partnerorganisationen: Regionalverband Mittlerer Oberrhein (RVMO)

Laufzeit: 2016 bis 2019

Gesamtprojektvolumen: 6,97 Mio. Euro

EU-Fördersumme: 3,415 Mio. Euro

Internet: www.regiomove.de

MOBILITÄT



EU-Themenpartnerschaft „Städtische Mobilität“ – Karlsruhe gestaltet europäische Politik mit

Die Verkehrs- und Stadtplanung spielt eine zentrale Rolle für die Lebensqualität in Städten.

Öffentliche Nahverkehrskonzepte müssen reagieren auf steigende Bevölkerungszahlen mit erhöhtem Bedarf an individueller Mobilität bei oft knappen öffentlichen Haushalten. Neue Technologien wie E-Mobilität, automatisiertes Fahren und „intelligente“, vernetzte Mobilität bieten Chancen aber auch Herausforderungen.

Städten kommt bei der Umsetzung europäischer und nationaler Vorgaben im Bereich Verkehr und Stadtplanung eine Schlüsselrolle zu. Daher hat sich die Stadt Karlsruhe zum Ziel gesetzt, aktiv auf die Politikgestaltung einzuwirken: Im Rahmen der Initiative „Eine Städteagenda für die EU“ koordiniert die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Tschechischen Republik seit Januar 2017 die Themenpartnerschaft „Städtische Mobilität“. Zum ersten Mal beraten Städte auf Augenhöhe mit Regionen, EU-Mitgliedstaaten, europäischen Organisationen und Interessenverbänden sowie der Europäischen Kommission über die Zukunft des städtischen Verkehrs. Ziel ist es, städtische Interessen und Bedarfe auf nationaler und EU-Ebene sichtbar zu machen. 23 Partner aus ganz Europa erarbeiten konkrete Vorschläge in den Bereichen „sanfte Mobilität“ (Laufen, Radfahren), innovative Mobilitätslösungen und „Smart Mobility“, öffentlicher Nahverkehr und Multimodalität, Stadt-Umland-Anbindung und grenzüberschreitender Verkehr. Anfang 2018 wird der Aktionsplan in einem breit angelegten Konsultationsprozess der europäischen Öffentlichkeit vorgestellt – diskutieren Sie mit unter: ec.europa.eu/futurium/en/urban-mobility/discussions.

Projektleitung: Außenbeziehungen, Stadtplanungsamt

Partner: Malmö, Torres Vedras, Bari, Burgas, Nijmegen, Bielefeld, Region Skane, Region Wallonie, Zypern, Finnland, Slowenien, Rumänien, Europäische Investitionsbank, Rat der Gemeinden und Regionen Europas, EUROCITIES, POLIS, European Cyclists' Federation, UITP, URBACT, Europäische Kommission (GD Regio, GD Move, GD ENV)

Laufzeit: 2017 bis 2019

Internet: ec.europa.eu/futurium/en/urban-mobility

KONTAKT

Für weitere Informationen:
Europabericht der Stadt Karlsruhe 2010 – 2015
Faltblatt „EU-Projektförderung mit Erfolg“ 2016

Stabsstelle Außenbeziehungen der Stadt Karlsruhe (ABZ)

Weinbrennerhaus am Marktplatz

Zähringerstraße 65

76133 Karlsruhe

Telefon: +49 721 133-1871

Fax: +49 721 133-1879

E-Mail: abz@karlsruhe.de

www.karlsruhe.de/b4/stadtverwaltung/aemterliste/kontakt/?dst=ABZ

Stand: April 2017

© Stadt Karlsruhe | Layout und Titel: C. Streeck | Bilder Innenseiten: Stadtplanungsamt – Monika Müller-Gmelin; jeweilige Vorzeigeprojekte | Gedruckt in der Rathausdruckerei auf 100 Prozent Recyclingpapier.

KARLSRUHE IN EUROPA – EUROPA IN KARLSRUHE

EU-Projektförderung mit Erfolg
2017





Europa ist Heimat. Es ist für Karlsruhe ein großer Gewinn, Teil der Europäischen Union als vielfältiger Wertegemeinschaft zu sein. Europäische Fördergelder machen hier in Karlsruhe greifbar, was oft fern scheint: Wichtige städtische Projekte

erhalten finanzielle Unterstützung, sie liegen inhaltlich auf einer Linie mit europäischen Schlüsselthemen. EU-geförderte Projekte kommen allen direkt zu Gute, sei es mit Blick auf Inklusion, verbesserte Serviceleistungen oder regionale Mobilitätsangebote, wie dies im vorliegenden Faltblatt gezeigt wird. Auch der soziale Bereich spielt eine große Rolle, insbesondere mit den Themen Langzeitarbeitslosigkeit und Schulabbruch. EU-Gelder schaffen klare Anreize bestehende Erfolge auszubauen und neue Potenziale zu erschließen.

Und Karlsruhe vernetzt sich – regional, grenzüberschreitend und in ganz Europa. Seit 2017 koordiniert die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Tschechischen Republik die europaweite Themenpartnerschaft „Städtische Mobilität“. Wir machen unsere Anliegen in Brüssel sichtbar und wollen so den Dialog zwischen Städten, Regionen, Mitgliedsstaaten und der EU-Ebene verbessern. Wir bringen uns mit unseren Stärken ein. Wir wollen das gemeinsame Europa mitgestalten!

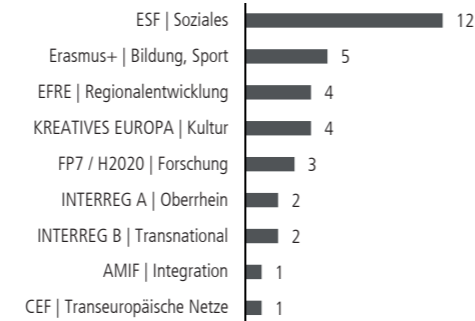
Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister

THEMENVIELFALT

EU-Gelder leisten einen wichtigen Beitrag zu vielen städtischen Themen. Folgende EU-Programme werden 2016 und 2017 innerhalb der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften genutzt:

Nutzung verschiedener EU-Programme

Anzahl aktueller EU-Projekte 2016 bis 2017



Eine besondere Rolle spielt in Karlsruhe der Europäische Sozialfonds (ESF). Entsprechend der europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ verfolgt der ESF in Baden-Württemberg die Ziele nachhaltige Beschäftigung und Fachkräftesicherung, soziale Inklusion und Armutsbekämpfung sowie lebenslanges Lernen. Dabei ist ein erheblicher Teil der Förderung regionalisiert. Im „Arbeitskreis für ESF und Gesamtkonzept Arbeit“ der Stadt Karlsruhe treffen sich Sozial- und Wirtschaftsvertreter, städtische Mitarbeitende, Schulen und Arbeitsmarktakteure regelmäßig, um Förderziele an Karlsruher Bedürfnisse anzupassen. Gemeinsam wählen sie Projekte aus. Thematisch geht es dabei um den Umgang mit Langzeitarbeitslosigkeit, die Vermeidung von Schulabbruch und die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit junger Menschen.

Pro Jahr stehen dem Arbeitskreis 440.000 Euro ESF-Mittel zur Förderung innovativer Ansätze zur Verfügung. In den Jahren 2016 und 2017 werden damit acht Projekte realisiert. Diese werden aktiv von der ESF-Geschäftsstelle in allen Phasen der Antragstellung und Projektumsetzung unterstützt. In enger Abstimmung mit den Arbeitskreismitgliedern initiiert die ESF-Geschäftsstelle auf Basis der lokalen Strategie auch Projekte.

Weitere Informationen zum ESF-Arbeitskreis und zur ESF-Geschäftsstelle: www.afb-karlsruhe.de/de/esf-projektberatung

SOZIALE STADT



Gemeinsam aktiv – inklusive Sportveranstaltungen in Europa und Karlsruhe

Menschen mit einer Behinderung sollen gleichberechtigt an Sport und körperlicher Aktivität teilnehmen können – mit diesem Ziel startete

die Stadtverwaltung 2015 in eine europaweite Projektkooperation. Im EU-Projekt „EWOS ABILITY LINK*KIT“ wurden Handlungsempfehlungen für die Umsetzung inklusiver Sportveranstaltungen auf lokaler Ebene formuliert – mit dabei waren das Schul- und Sportamt Karlsruhe, Partner aus fünf EU-Ländern und Sportentwicklungsexperten unter Federführung des Europäischen Paralympischen Komitees. Der gemeinsam entwickelte Leitfaden und ausgewählte Aktivitäten wurden während der Europäischen Woche des Sports 2015 in Ungarn erfolgreich getestet.

Vor Ort in Karlsruhe fügte sich das Projekt in das städtische Konzept zum Behindertensport ein. Es bot einen willkommenen Anlass, das Zirkeltraining 2015 und den Baden-Marathon 2016 mit der Europäischen Woche des Sports zu verbinden. Erstmals konnten Menschen mit und ohne Handicap gemeinsam beim Fiducia & GAD Baden-Marathon in Karlsruhe aktiv dabei sein. Auch 2017 findet der Inklusionslauf im Rahmen des Baden-Marathon statt. Nach Projektende profitieren die Stadtverwaltung und das lokale Netzwerk weiterhin von der Partnerschaft zwischen nationalen Behindertensportstrukturen und lokalen Interessengruppen.

EU-Programm: ERASMUS+ Sport

Projektleitung: European Paralympic Committee

Städtischer Träger: Schul- und Sportamt

Partnerorganisationen aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Irland, Österreich und Ungarn

Laufzeit: Mai 2015 bis Juli 2016

Gesamtprojektvolumen: 288.000 Euro

EU-Fördersumme: 12.870 Euro

Internet: be-inclusive.eu

MODERNE VERWALTUNG



Verbesserter Service und Mitarbeiterzufriedenheit – die Ausländerbehörde wird Willkommensbehörde

Die Zuwanderung von Flüchtlingen stellt die städtische Ausländerbehörde

vor vielfältige Herausforderungen. Als eine von acht Fokusbehörden in Baden-Württemberg wurde sie für ein Jahr im Rahmen des EU-Projekts „Stärkung der Handlungsfähigkeit der Ausländerbehörden“ unterstützt. Im Mittelpunkt standen dabei das Arbeitsklima, die Außenwahrnehmung und die Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Interkulturelle Personal- und Organisationsentwicklungsmaßnahmen zeigten Wege auf, wie Arbeitsabläufe vereinfacht und das hohe Arbeitsaufkommen besser bewältigt werden können. Auch der Servicegedanke darf nicht zu kurz kommen.

Erste wichtige Schritte auf dem Weg zur Willkommensbehörde sind getan: Mitarbeitende geben zunächst allgemeine Auskünfte zu Fragen rund um das Ankommen in Karlsruhe. Eine detaillierte Rechtsberatung erfolgt bei Bedarf durch geschultes Personal. In diesem Zusammenhang konnte eine Betterbewertung der Stellen erreicht werden. Langfristig soll die Behörde für Kundinnen und Kunden wie für Mitarbeitende an Attraktivität gewinnen.

EU-Programm: Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)

Projektleitung: imap Institut mit Ministerium für Soziales und Integration und Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

Städtischer Träger: Ordnungs- und Bürgeramt

Laufzeit: 2016 bis 2017, Beratungskontingent von 20 bis 25 Tagen

Gesamtprojektvolumen: 265.000 Euro

Internet: www.imap-institut.de/de/blog/auslaenderbehoerden-werden-besser